

# Österreich: Konjunktur und Strukturreformen gewinnen langsam an Schwung

34

Oscar-Erich Kuntze

Schwaches Wirtschaftswachstum 2002. 2003 zunehmende Erholung im zweiten Halbjahr. Erst 2004 deutliche Expansion von Nachfrage und Produktion. Geld- und Finanzpolitik stimulieren, Euro-Aufwertung bremst. Steuerreform 2004/2005. Moderater Preisanstieg. Höhere Arbeitslosigkeit. Annähernd ausgeglichene Leistungsbilanz.

Das soziale und politische Umfeld war 2002 geprägt von Regierungskrise und vorzeitigen Wahlen zum Nationalrat (Bundesparlament). 2003 dominiert die Neubildung der Bundesregierung, wobei es zu einer Neuauflage der bisherigen »schwarz-blauen« Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) kam. Bei den Gewerkschaften geht der Konzentrationsprozess weiter.

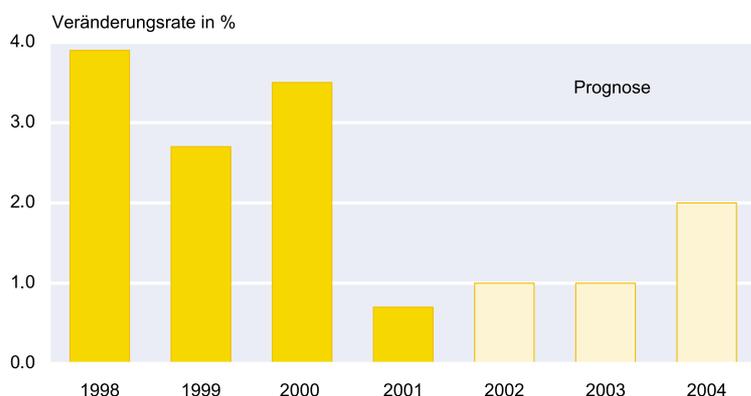
Im November 2002, ein Jahr vor dem turnusmäßigen Ende der Legislaturperiode, fanden Wahlen zum Nationalrat statt. Auslöser des außerplanmäßigen Urnengangs war eine schwere Regierungskrise, hervorgerufen durch heftige Auseinandersetzungen innerhalb des Koalitionspartners FPÖ. Ursache war ein Streit um die Verschiebung der für 2003 geplanten Steuerreform um ein Jahr, wodurch Mittel zur Behebung der Schäden durch die Flutkatastrophe vom August 2002 freigesetzt werden sollten. Dies wurde von den meisten FPÖ-Bundesministern befürwortet, während der im Hintergrund agierende Landeshauptmann von Kärnten und Spiritus rector der FPÖ, Jörg Haider, der die FPÖ seit 1986 von Erfolg zu Erfolg geführt hatte, auf der Einhaltung

des ursprünglichen Zeitplans bestand. Auf einer Versammlung von Parteidelegierten im steirischen Knittelfeld wurde ein vom ihm inspiriertes Papier präsentiert, das nicht nur für die koalitionsstreuen FPÖ-Minister untragbar war, sondern de facto auch die Aufkündigung des Koalitionsabkommens bedeutete. Die Vizekanzlerin und andere FPÖ-Repräsentanten traten zurück. Darauf erklärte Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) die Koalition für beendet.

Aus den Nationalratswahlen ging die ÖVP mit 42,3% der Stimmen als Sieger hervor und wurde erstmals seit 1966 wieder stärkste Partei. Ihre Gewinne gehen zu Lasten der FPÖ, deren Wähleranteil von 27,9 auf 10% sank. Die oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) und die Grünen legten ebenfalls zu. Diesem vordergründig als Verschiebung im bürgerlichen Lager anmutenden Ergebnis lag jedoch die größte Umschichtung des Wählergefüges in der Geschichte der Zweiten Republik zugrunde; die Zeit der Wahlböcke scheint passé. Die anschließenden Koalitionsgespräche zogen sich über fast drei Monate hin. Verhandlungen mit den Oppositionsparteien zerschlugen sich, obwohl deren Spitzen einer Koalition mit der ÖVP nicht abgeneigt waren. Doch ihre Basis, an den überkommenen Grundsätzen klebend, verweigerte die Gefolgschaft. Vor allem aber zielte der Bundeskanzler offenbar von vornherein auf eine Neuauflage der ÖVP/FPÖ-Koalition ab, obwohl nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Wirtschaft ganz überwiegend eine Wiederauferstehung der tradierten »großen« SPÖ/ÖVP-Koalition präferierten. Diese hätte für Stabilität gestanden, angesichts der in schleppender Reorganisation befindlichen SPÖ wahrscheinlich aber auch für Unbeweglichkeit.

In der seit Ende Februar 2003 amtierenden neuen ÖVP/FPÖ-Regierung

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Schüssel besitzt die Volkspartei ein erdrückendes Übergewicht. Hiervon verspricht sich der Bundeskanzler wohl ein leichteres Regieren. Mit der mit fünf Sitzen knappsten Nationalratsmehrheit der Zweiten Republik läuft er aber auch das Risiko, dass aus der auf 18 Mandatare geschrumpften FPÖ-Fraktion Abgeordnete aus Kärnten ausscheren und die Regierungsmehrheit hauchdünn werden lassen. Der Kärntner Landeshauptmann Haider, nach wie vor sehr einflussreich in der FPÖ, hat bereits wieder mit seinen Querschüssen begonnen. Verglichen mit dem Antritt des ersten Kabinetts Schüssel im Frühjahr 2000 – im Inland begleitet von heftigen Manifestationen öffentlichen Unwillens, von EU-Regierungen quittiert mit voreiligen, überzogenen und in der Geschichte der europäischen Integration seit 1959 einmaligen (und bald wieder aufgehobenen) »Sanktionen« – nahm sich der Auftakt der neuen »schwarz-blauen« Regierung sehr zahm aus. Das Ausland reagierte gar nicht, die Oppositionsparteien gaben sich gelassen bei im Inland überwiegend kritischer bis pessimistischer Kommentierung der gemessen an den Ankündigungen und Notwendigkeiten ungenügenden Ambitionen.

Dabei war der Leistungsausweis des Kabinetts Schüssel I so schlecht nicht gewesen. Beispielhaft wurde die Entschädigung von NS-Opfern und Kriegsgefangenen sowie die Bewältigung der Hochwasserschäden vom August 2002 (diese waren – wie in Deutschland – längst nicht so hoch wie zunächst angenommen) gelöst. Kindergeld-, Pensions- und Verwaltungsreform wurden zügig auf den Weg gebracht, die Gewerbeordnung liberalisiert, die Universitäten reformiert, Rundfunkgesetze verabschiedet, eine Konsolidierung der Staatsfinanzen eingeleitet etc. Offen blieben vor allem die Reform des Bundesstaates, die Steuerreform, die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, der Kauf von Abfangjägern für das Bundesheer sowie das Budget 2003. Im Zentrum des neuen **Regierungsprogramms** stehen die mit Steuerensenkungen (netto) verbundene Steuerreform 2004/2005, die Reformierung von Sozial- und Krankenversicherung sowie eine aktive, die EU-Erweiterung positiv begleitende Europapolitik. Zudem wird schon im Mai 2003 die Staatsreform auf den Weg gebracht mit einer Revision der Bundesverfassung als Kern. Die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU soll verstärkt, die Zusammenarbeit mit der NATO weiterentwickelt werden, wobei ein Beitritt Österreichs zum Nordatlantikpakt vom Ausgang eines Referendums abhängig gemacht wird.

Die Regierungsbildung hat die **Wähler vielfach enttäuscht**; Umfragen zeigten einen starken Popularitätsverlust der ÖVP. In den Resultaten der seither stattgehabten Kommunal- und Landtagswahlen kommt dies bis jetzt allerdings nicht überzeugend zum Ausdruck. Bei den Gemeindevahlen in Kärnten vom März 2003 konnte die ÖVP etwas zulegen und wurde hinter dem großen Gewinner SPÖ zweitstärkste Partei, weil die FPÖ kräftig verlor. Diese büßte auch bei den stark

regional geprägten Landtagwahlen in Niederösterreich stark ein, während SPÖ und Grüne leicht, die ÖVP hingegen erheblich zulegen konnte. Die Auflösungserscheinungen der FPÖ kommen vor allem den beiden großen Parteien zugute.

Die im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) organisierten **Gewerkschaften** treiben ihre im Herbst 2001 vereinbarte Neuorganisation weiter voran. Neben der ÖVP-dominierten Beamten-gewerkschaft bilden sich zwei große, der SPÖ nahestehende Gruppierungen. Fünf Gewerkschaften (Metallarbeiter, Privatangestellte, Chemie, Agrar-Nahrungs- und Genussmittel, Druck/Papier) wollen im Herbst 2005 zu einer Großgewerkschaft fusionieren. Die übrigen sieben – bereits unter dem Label »infra« zusammenarbeitend und den zweiten Block bildend – wollen, geschart um Eisenbahner, Post-, Gemeindebedienstete, nicht fusionieren, sondern verstärkt kooperieren. Doch ist auf längere Sicht ein Zusammenwachsen vorgesehen.

Die **Wirtschaftspolitik** des vor allem mit den Volkswirtschaften West- und Mitteleuropas eng verzahnten Landes kann der Konjunktur unmittelbar keine nennenswerten Impulse geben. Es wird vielmehr weiter auf die Festigung des Wirtschaftsstandorts Österreich gesetzt, wobei Renten- und Gesundheitsreform die öffentlichen Kassen entlasten und Steuerensenkungen möglich machen sollen. Letzteres ist bereits für 2004/2005 vorgesehen, mit leicht stimulierendem Effekt auf die Nachfrage, jedoch verbunden mit dem Abschied vom Ziel des Null-Defizits in den öffentlichen Haushalten. Liberalisierung und Deregulierung werden fortgeführt, der Personalabbau in der Bundesverwaltung energischer angegangen. Bei alledem bleibt man um weitgehenden Konsens mit den Sozialpartnern bemüht, wie überhaupt die Sozialpartnerschaft eine sich zwar wandelnde, aber nach wie vor bedeutende Rolle spielt. Einen Unsicherheitsfaktor bildet allerdings die Frage, wie lange die neue Bundesregierung Bestand haben und inwieweit sie handlungsfähig sein wird, obwohl die Opposition auf verschiedenen Gebieten den Willen zur Kooperation signalisiert hat.

### Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/2%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 1/4%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2 1/2%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 3/4% und in Deutschland um 1/4%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,9 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegen-

über dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um knapp 3% expandiert.

In Österreich hat das reale Bruttoinlandsprodukt vorläufigen Berechnungen zufolge um 1% expandiert. Damit ging das Land im westeuropäischen Vergleich wieder auf die Überholspur, die es 2001 infolge der restriktiven Finanzpolitik verlassen hatte. 2002 war die Wirtschaftspolitik insgesamt leicht expansiv; das im September erlassene Konjunkturprogramm wird jedoch erst gegen Ende 2003 einige Wirkung zeigen. Allerdings bremste die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im späteren Verlauf des Jahres den Exportanstieg. Nach dem leichten Produktionsrückgang im vierten Quartal 2001 haben Nachfrage und Produktion im ersten Halbjahr 2002 beschleunigt zugenommen. Anschließend ließ der Schwung markant nach, mit bedingt durch die Entwicklung der Ausfuhr, deren Veränderungsrate nur noch ein Drittel jener von 2001 betrug. Da jedoch der Import gegenüber dem Vorjahr stagnierte, errechnet sich ein positiver Außenbeitrag. Der private Konsum verlor an Dynamik, während der Staatsverbrauch mit der Lockerung des Konsolidierungskurses wieder stieg. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen verstärkte sich noch, weil die Ausrüstungsinvestitionen kräftig einbrachen und die Bauinvestitionen nochmals sanken. Die Konsumentenpreise erhöhten sich im Verlauf mäßig und mit 1,7% spürbar schwächer als im Jahr zuvor. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage deutlich; im Jahresdurchschnitt stieg die Arbeitslosenquote auf 4,1%. Die Leistungsbilanz wies erstmals seit 1990 wieder einen Überschuss aus.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP 2002 54,7%) hat nur noch um 2,6% zugenommen – nach 7,4% im Jahre 2001. Im Verlauf war die Entwicklung von spürbaren Schwankungen bei leicht aufwärts gerichteter Tendenz geprägt. Dabei schlug besonders die konjunkturell bedingt nur schwach expandierende Nachfrage aus Westeuropa zu Buche; dorthin gehen gut zwei Drittel der Warenlieferungen und etwa drei Viertel der Ausfuhr von Dienstleistungen. Der Absatz in den USA sank in der zweiten Jahreshälfte deutlich, auch weil die seit Anfang des Jahres laufende Aufwertung des Euro gegenüber dem USA zunehmend retardierend wirkte. Demgegenüber erhöhten sich die Exporte nach Mittel- und Osteuropa merklich (Anteil an den gesamten Warenlieferungen im Jahre 2002 15,5%). Die intensiven Anstrengungen zur Ausweitung der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen mit dieser Region tragen zunehmend Früchte und haben eine noch schlechtere Exportentwicklung verhindert. Die gesunkene Inlandsnachfrage resultierte in gegenüber 2001 stagnierenden Importen. Dadurch zeigte der Außenbeitrag neuerlich ein Plus, wodurch ein Rückgang des BIP verhindert wurde. Die Leis-

tungsbilanz wies bei verbesserten Terms of Trade seit Jahren wieder einen Überschuss aus. Hierzu trug wesentlich das erheblich gestiegene Aktivum der Tourismus-Bilanz bei. Europäer haben weite und teure Reisen vermehrt durch kürzere Reisen vor allem auch nach Österreich ersetzt, so dass die internationale Konjunkturflaute auf diesen wichtigen Wirtschaftszweig kaum durchschlug.

Der private Konsum wurde um 0,9% und damit spürbar schwächer als 2001 (1,5%) ausgeweitet. Im Verlauf war der Anstieg gleichbleibend schwach. Das Konsumklima wurde durch die erneut gesunkenen realen Arbeitseinkommen gedrückt als Folge gestiegener Abgabenbelastung sowie von Preissteigerungen, die höher ausfielen als beim Abschluss der maßvollen Lohnerhöhungen – die Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich um 1,9% – erwartet. Die verschlechterte Wirtschaftslage führte zudem zu einem Anstieg der Sparquote. Unter der flauen Konsumkonjunktur litt besonders der Absatz dauerhafter Güter. U.a. ließ die Nachfrage nach Personenautos nach, und auch Einrichtungsgegenstände wurden schleppend abgesetzt, zumal sich die Rezession im Wohnungsbau fortsetzte. Der Staatsverbrauch nahm nach dem konsolidierungsbedingten Rückgang im Jahre 2001 erwartungsgemäß wieder zu, und zwar stärker als das reale BIP.

Bei den Bruttoanlageinvestitionen setzte sich die Rezession verstärkt fort, obwohl die Realzinsen weiter zurückgegangen sind, die Flutschäden vom August erhebliche Reparaturen im Baubereich erforderlich machten und im September ein Konjunkturprogramm verabschiedet wurde, welches u.a. eine 10%ige staatliche Prämie für Investitionen vorsieht, die über den Durchschnitt der Jahre 1999/2001 hinausgehen (der investitionssteigernde Effekt ist erst 2003 zu erwarten). Der Rückgang betrug 4,8 nach 2,2% im Jahre 2002. Ausschlaggebend für das schlechte Resultat war der mit rund 10% sehr starke Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen; diese hatten sich bereits 2001 um 2,9% verringert. Bestimmend waren die ungünstigeren Absatz- und Ertragsersparungen, die sich auch im gegenüber 2001 erheblich verschlechterten Geschäftsklima (es wird auf der Basis von Unternehmensbefragungen ermittelt) in der verarbeitenden Industrie niederschlugen. In diesem Bereich ist zudem die Auslastung der Kapazitäten weiter, wenn auch nur noch wenig, gesunken. Sie lag mit 80,6% im Jahresdurchschnitt spürbar unter dem Mittelwert der neunziger Jahre. Und schließlich war auch hier die Fortsetzung der seit 2001 zu beobachtenden Flaute im IT-Bereich sehr ausgeprägt. Die Bauinvestitionen, die 2001 um 1,5% gesunken waren, dürften etwa auf dem Niveau des Vorjahres stagniert haben. Hierzu trug das im Herbst 2001 beschlossene »Akzeptanzprogramm« der Bundesregierung bei, welches u.a. zusätzliche Investitionen in die Altbausanierung und in die Verkehrsinfrastruktur vorsieht. Bemerkenswerterweise waren Projekte bereits soweit vorbereitet, dass sie kurzfris-

tig in Angriff genommen und die öffentlichen Bauinvestitionen rasch und spürbar ausgeweitet werden konnten. Demgegenüber ist der Wohnungsneubau nochmals zurückgefahren worden, wenn auch nur noch wenig im Vergleich zu dem Einbruch im Jahr zuvor. Auch in die Renovierung von Wohngebäuden wurde weniger Geld gesteckt. Besonders betroffen war der Geschosswohnungsbau. Andererseits nahm die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Wohnungen mit guter Verkehrsanbindung zu. Der Boom im gewerbliche Bau ging im Zuge der konjunkturellen Schwäche zu Ende. Das gilt in erster Linie für Büroraum in den Agglomerationen. Hier stiegen die Leerstände kräftig. Häufig wurden geplante Bauvorhaben redimensioniert oder verschoben. Auch in Einkaufszentren wurde weniger investiert. Im industriellen Sektor wirkte sich die Investitionsschwäche auch auf die Bautätigkeit aus.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Situation sowohl gegenüber 2001 als auch im Verlauf spürbar, wobei neuerdings Männer und Jugendliche besonders betroffen waren; sie war aber immer noch erheblich besser als im westeuropäischen Durchschnitt. Obwohl die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nochmals stieg, nahm die Beschäftigung ab, da vor allem in Industrie und Bauwirtschaft Stellen gestrichen wurden. Gleichzeitig wurde das Angebot an Arbeitskräften nochmals ausgeweitet, da die Zahl ausländischer Kräfte zunahm und das zur Frühpensionierung berechtigende Alter angehoben wurde. Dies wurde durch das infolge verlängerter Bezugsdauer von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld sinkende Arbeitskräfteangebot bei Frauen nicht ausgeglichen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt (gemäß Berechnungen von EUROSTAT) auf 4,1%.

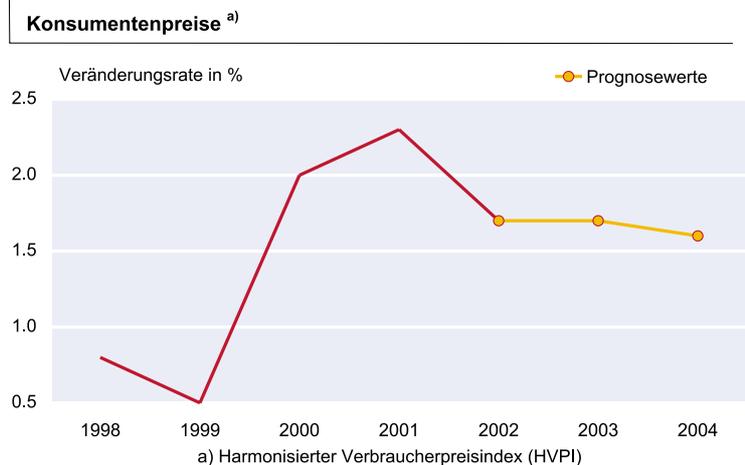
Der Preisauftrieb war moderat und blieb unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Das gilt auch für die intransparente Phase der Euro-Bargeldeinführung, dank des ab Oktober 2001 bis Ende Februar 2002 geltenden und durch Kontrollen abgesicherten Verbots umstellungsbedingter Preiserhöhungen; schwarze Schafe wurden hier wie überall im Euroraum vornehmlich im Hotel- und Gaststättengewerbe, vereinzelt auch bei Banken und auf Wochenmärkten registriert. Im Jahresdurchschnitt sind die **Konsumentenpreise (HVPI)** um 1,7% gestiegen.

**Wirtschaftspolitik**

Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik unterschiedliche Impulse: Die Geldpolitik wird heuer und 2004 aufgrund erfolgreicher und noch zu erwartender Zinssenkungen stimulierend wirken. Die Finanzpolitik dürfte heuer leicht expansiv und 2004 ungefähr

konjunktturneutral sein, auch weil die dann anlaufende Steuerreform neben Entlastungen erhebliche zusätzliche Belastungen vorsieht. Von der Einkommenspolitik ist im laufenden Jahr eine annähernd konjunktturneutrale und 2004 eine leicht nachfragestützende Wirkung zu erwarten. Demgegenüber wird die konjunkturdämpfende Wirkung der vorangegangenen starken Aufwertung des Euro erst im laufenden Jahr voll spürbar; 2004 schwächen sich die bremsenden Einflüsse ab.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest. Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertteuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,3% (im Februar 2003 um 8,1% über dem Niveau vom Februar 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 3,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75% und im März 2003 auf 2,5% herabgesetzt. Hier-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

von wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Im Laufe dieses Jahres kann mit zwei weiteren Lockerungen gerechnet werden, so dass der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reicht. Für Österreich wären die Zinsen dann sowohl unter stabilitäts- als auch unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten angemessen. Nach dem Ölpreisbedingten Preisschub im zurückliegenden Winterhalbjahr ist nämlich ab dem zweiten Quartal 2003 eine deutliche Beruhigung des Preisauftriebs wahrscheinlich, auch weil sich die konjunkturelle Erholung verzögert; 2004 bleibt die Inflation moderat. Zudem hat der Euro 2002 im Vergleich zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen. Im Februar 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 23,8%, wobei der Euro-Kurs aber immer noch deutlich unter dem Niveau der Jahre 1997 und 1998 liegt. Zu dieser Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die Finanzpolitik steuerte nach dem vorwiegend über zusätzliche Abgabenbelastungen erreichten Konsolidierungskraftakt des Jahres 2001, der allerdings mit 50,1% des BIP zur höchsten Steuer- und Abgabenbelastung der Zweiten Republik führte, im vorigen Jahr einen etwas weniger konsolidierungsorientierten Kurs. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand geriet zwar mit 0,6% des BIP wieder in die roten Zahlen. Doch erscheint das Ergebnis in einem günstigeren Licht, wenn man bedenkt, dass Ende 2002 mit einem Fehlbetrag von 1,5% oder mehr gerechnet worden war. Ursachen des überraschend niedrigen Passivums sind die mit 0,3% des BIP erheblich geringer als erwarteten staatlichen Aufwendungen für die Behebung der durch das Hochwasser vom August 2002 angerichteten Schäden (deswegen hatte man die Steuersenkung um ein Jahr verschoben), geringere konjunkturbedingte Steuerausfälle als angenommen sowie bessere Abschlüsse bei Sozialversicherungen, Bundesländern und Kommunen. Der Fehlbetrag ist in Relation zum EU-Durchschnitt gering. Allerdings gelang es nicht, die 2001 mit 63,2% des BIP ausgewiesene öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP wie geplant etwas in Richtung auf die im Vertrag von Maastricht fixierte Obergrenze von 60% des BIP zu drücken. Ursache war die Forderung von EUROSTAT, seit 1998 von den Österreichischen Bundesbahnen, der Asfinag, der Schig etc. aufgenommene Kredite der Staatsverschuldung zuzurechnen.

Derzeit liegt noch kein Staatshaushalt 2003 vor. Verfügbar sind lediglich die im Koalitionsabkommen festgelegten fi-

nanzpolitischen Absichten. Unter diesen dominiert der Abschied vom geplanten »Null-Defizit« der öffentlichen Haushalte. Die Fehlbeträge werden 2003 und 2004 vermutlich bei 1 bis 1½% des BIP liegen. Die Finanzpolitik dürfte heuer leicht expansiv und 2004 etwa konjunkturneutral wirken. 2004 erfolgt der Einstieg in eine Steuerreform – die allerdings längst nicht so ein großer Wurf wird wie die Steuerreform 1989/94 – aus der jedoch erst 2005 nennenswerte Entlastungseffekte für private Haushalte und Unternehmen resultieren. Im kommenden Jahr erfolgt eine Senkung der Lohnsteuer im unteren Einkommensbereich, der Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer sowie der Besteuerung nicht entnommener Gewinne bei Personengesellschaften. 2005 werden auch die Kapitalgesellschaften und verstärkt die Privathaushalte steuerlich entlastet. Doch werden u.a. die Krankenversicherungsbeiträge und die Energiesteuern spürbar erhöht. Auf mittlere und längere Sicht wichtiger sind jedoch die zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen abgesprochenen Maßnahmen: Bis zum Ende der Legislaturperiode sind jährlich mäßige Defizite in den öffentlichen Haushalten geplant. Eine von 2004 bis 2033 terminierte Pensionsreform soll die Aufwendungen für die staatliche Altersversorgung reduzieren; die Frühpensionierung wird bis 2009 abgeschafft. Gleichzeitig ist mittelfristig eine Vereinheitlichung der staatlichen Altersversicherungssysteme vorgesehen. Die Bundesverwaltung streicht von 2004 bis 2006 netto 10 000 Dienstposten. Eine Verwaltungsreform auch bei Ländern und Gemeinden soll erhebliche Einsparungen bringen. Sozial gestaffelte Selbstbehalte bei den Krankenkassen werden eingeführt sowie höhere Beiträge für Rentner. Der heftig umstrittene Kauf von Abfangjägern für das Bundesheer soll zwar erfolgen, aber in der laufenden Legislaturperiode nicht budgetwirksam werden. Noch nicht quantifiziert sind Abstriche bei den Subventionen für die Bundesbahnen und im Finanzausgleich.

Die Einkommenspolitik steuert im laufenden Jahr mit nominalen Lohnerhöhungen um durchschnittlich rund 2% einen stabilisierungsorientierten Kurs, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärkt, aber die Kaufkraft der Bruttolöhne kaum erhöht. Die Abschlüsse für die einzelnen Branchen weichen nur wenig vom Durchschnitt ab. Das gilt nicht für die Beamten, die zusätzlich zur Gehaltsaufbesserung von 2,1% einen Nachschlag für die spürbar unter der Inflationsrate zurückgebliebene Aufbesserung im Jahre 2001 erhalten. Erst 2004 ist bei günstigerer Konjunktur und schwächerer Inflation eine Zunahme auch der Reallöhne zu erwarten. Die branchenweise Differenzierung der Lohnentwicklung machte bisher nur geringe Fortschritte. Zunehmend wird jedoch von der »Verteiloption« Gebrauch gemacht, welche neben einer prozentual gleichen Lohnerhöhung für alle einen Teil der zusätzlichen Lohn- und Gehaltssumme zur individuellen betrieblichen Verteilung vorsieht – eine in der Schweiz sehr verbreitete Übung. Auch verständigen sich die Tarifpartner zunehmend über große-

re Flexibilität der Arbeitnehmer auf verschiedenen Gebieten. Den Auftakt für die nächste, im kommenden Herbst beginnende Lohnrunde will die Elektro- und Elektronikindustrie bilden. Das wäre ein Bruch mit der tradierten Lohnführerschaft der Metallindustrie, die als bestorganisierte Branche den Rahmen für die anderen Wirtschaftszweige absteckte. Ob damit die Lohndifferenzierung schneller voran kommt als bisher, muss sich allerdings noch zeigen.

Ordnungspolitisch bedeutsam ist die Fortsetzung der in verschiedenen anderen westeuropäischen Ländern stockenden Privatisierungen von Staatsunternehmen. Die Montanbetriebe sollen gänzlich, die Telekom Austria bis auf einen kleinen Rest verkauft werden. Beim Verbundkonzern, der OMV, der Post und anderen Versorgungsunternehmen bleibt eine Sperrminorität erhalten, der Rest wird veräußert. Mit der EU-Kommission einigte man sich über das Auslaufen der staatlichen Ausfallhaftung für die Landeshypothekenbanken und Sparkassen im Jahre 2007. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen läuft auf allen Ebenen weiter. Beispielsweise wurden von der Stadt Wien zum 1. Januar 2003 die Pensionistenheime privatisiert und die Pflegedienste ausgelagert.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um reichlich 1%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 3% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% ausgeweitet; für die EU ist eine etwa gleich hohe, für den Euroraum eine etwas niedrigere Rate zu erwarten, und in Deutschland steigt es um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 8%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%.

Österreich hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine staunenswerte wirtschaftliche Entwicklung genommen; vor allem während der sechziger und siebziger Jahre war ein starkes Wachstum bei – auch jetzt noch – niedriger Arbeitslosigkeit und mäßigem Preisauftrieb zu verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt spürbar über dem EU-Durchschnitt und etwas über jenem Deutschlands, zu dem der früher in vieler Hinsicht erhebliche Rückstand praktisch aufgeholt ist einschließlich des Verschwindens des traditionellen Spreads österreichischer gegenüber deutschen Anleihezinsen. Dieses gelang mittels eines »österreichischen

Wegs« in Politik und Wirtschaft, welcher nicht nur erfolgreiche Reaktionen auf die Herausforderungen durch europäische Integration im Besonderen und weltwirtschaftliche Veränderungen im Allgemeinen unter Wahrung der Identität erlaubte, sondern auch eine bemerkenswerte politische und soziale Stabilität beinhaltete; der Arbeitsfriede wurde in beispielhafter Weise gewahrt. Die Basis bildeten jahrzehntelange, zuletzt jedoch unbeweglich gewordene »große Koalitionen« auf Bundes- und Allparteienregierungen auf Landesebene sowie die feingesponnene und weitverästelte »Sozialpartnerschaft«. Letztere entwickelte sich zu einer korporativistischen Institution von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlichen Bedeutung, als Antwort auf die teilweise von bürgerkriegsähnlichen Zuständen geprägten Erfahrungen der Zwischenkriegszeit. Auf freiwilliger Basis und ohne gesetzliche Grundlage wirken in ihr Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitnehmern zusammen. Diese, wie auch die politischen Konstellationen, sind seit einigen Jahren in deutlichem Wandel begriffen. Hiervon unberührt bleibt jedoch der auch in der Bevölkerung tief verankerte Wunsch nach konsensualen Lösungen anstehender Probleme. Dadurch vollziehen sich Änderungen zwar oftmals langsamer als geboten, aber das politische und soziale Umfeld bleibt im Grundsatz berechenbar, was für die Wirtschaft von Vorteil ist. Auf dieser österreichisch geprägten Grundlage werden jetzt auch wieder strukturelle Reformen angegangen, konzentriert auf Sozial- und Krankenversicherung, auf eine Staatsreform sowie auf eine Neuordnung der Bundesbahnen. Die Wirtschaft kann zudem dank des sehr guten Bildungssystems auf ein großes Potential gut qualifizierter Arbeitskräfte bauen und erfreut sich einer einfachen, kalkulierbaren und transparenten Unternehmensbesteuerung. Industrie und der (allerdings hoch verschuldete) Fremdenverkehrssektor sind im internationalen Wettbewerb gut positioniert. Erstere zeichnet sich nicht nur durch hohe Produktivitätsgewinne, sondern auch dadurch aus, dass sie – wie etwa auch die schwedische Konkurrenz – im Allgemeinen weniger mit technologischen Basiserfindungen als vielmehr mit laufenden Verbesserungen von Produktionsprozessen und Erzeugnissen traditioneller Art aufwartet. Bemerkenswert viele Unternehmen haben sich aus einer Nischenposition heraus globale Marktführerschaft erarbeitet. Die Chancen der Öffnung Mittel- und Osteuropas wurden intensiv genutzt. 2002 waren dort etwa 12 000 österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen von reichlich 13 Mrd. € engagiert, die von Jahr zu Jahr besser rentieren. Andererseits bleibt Österreich ein günstiger Standort für Engagements ausländischer Investoren. Hierzu haben auch die während der neunziger Jahre von 1,3 auf 1,8% des BIP gestiegenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beigetragen, was im Vergleich zu den wichtigsten Industrieländern aber immer noch zu wenig ist. Weitere Handicaps sind die häufig zu schwache und meist zu kreditlastige Kapitalisierung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, was häufig zu Problemen führen wird, wenn die Kreditinstitute Basel II um-

setzen. Entscheidend für die künftige Entwicklung wird jedoch – wie in vielen anderen europäischen Ländern – die Reform des als eines der besten aber auch teuersten der Welt geltenden Gesundheitswesens sowie der kaum noch finanzierbaren Rentenversicherung (ca. ein Drittel der laufenden Ausgaben bzw. rund 15% des Bruttoinlandsprodukts wendet der Staat für die gesetzliche Altersversorgung sowie für die Pensionen seiner Beamten auf).

Die Konjunktur in Österreich dürfte sich 2003 im Rhythmus der anderen westeuropäischen Länder entwickeln, worauf auch die mit Hilfe von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen ermittelten Klimaindikatoren hindeuten. Für den Verlauf des von Finanz- und Geldpolitik stimulierten Wirtschaftswachstums bedeutet das eine ganz schwache Zunahme von Nachfrage und Produktion im ersten Halbjahr. Nach dem Ende des Irak-Krieges ist eine zunehmende Erholung zu erwarten, da dann niedrigere Ölpreise und niedrigere Zinsen sowie ganz generell der Fortfall der die Weltwirtschaft belastenden Unsicherheiten ihre anregenden Wirkungen entfalten können. Dies gilt gleichermaßen für die Inlandsnachfrage wie für die Ausfuhr, deren Expansion allerdings durch den gegenüber dem US-Dollar erheblich höher bewerteten Euro gebremst wird. Der öffentliche Verbrauch dürfte kaum und der private Konsum nur knapp dem vorjährigen Zuwachs entsprechend steigen, während die Rezession bei den Bruttoanlageinvestitionen überwunden wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt vermutlich um annähernd 1% zu, einer Rate, die etwa dem westeuropäischen Mittelwert entsprechen dürfte. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage zunächst weiter. Der Preisanstieg bleibt moderat. Die Leistungsbilanz schließt annähernd ausgeglichen ab.

Der private Konsum dürfte um rund  $\frac{3}{4}$ % ausgeweitet werden. Das auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima hat sich seit Jahresbeginn kräftig eingetrübt, was auf eine sehr schleppende Nachfrage im ersten Semester schließen lässt, mitbedingt durch Irak-Krieg und weltwirtschaftliche Unsicherheiten. Nach dem Fortfall dieser retardierenden Einflüsse ist im zweiten Halbjahr eine Belebung zu erwarten. Diese wird jedoch verhalten ausfallen. Denn die realen Masseneinkommen erhöhen sich 2003 infolge annähernd stagnierender Reallöhne, steigender Abgaben, gesunkener Zinsen und bestenfalls leicht zunehmender Unternehmensgewinne sowie etwa im vorjährigen Ausmaß sinkender Beschäftigung nur schwach, und die Sparquote könnte etwas steigen. Für den Absatz langlebiger Güter bedeutet das zunächst eine Fortsetzung der Flaute, auch weil das Ende der Rezession im Wohnungsneubau erst im späteren Verlauf des Jahres erreicht wird. Der Staatsverbrauch nimmt vermutlich um rund  $\frac{1}{2}$ % zu.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. +  $1\frac{1}{2}$ %) finden nur langsam aus der mehr als zweijährigen Rezession heraus. Ent-

scheidend für die Wende zum Besseren sind die Bauinvestitionen, die nicht mehr sinken, sondern leicht zunehmen; ihr Anteil am Investitionsvolumen beträgt ca. 56%. Das gilt in erster Linie für den öffentlichen Bau, der deutlich ausgeweitet wird, wobei der Schwerpunkt beim vielfach dringend gewordenen Ausbau der Infrastruktur (besonders Autobahn-, Tunnel- und Eisenbahnbau) liegt. Die bereits mit dem »Akzeptanzprogramm« von 2001 angestoßenen zusätzlichen Investitionen in die Altbausanierung werden fortgeführt. Dies könnte zum Auslaufen der seit 1999 zu beobachtenden Rezession im Wohnungsbau beitragen. Der Wohnungsneubau, der 2002 gegenüber 1998 um rund 15% als Folge einer Marktsättigung besonders im Geschosswohnungsbau zurückgefahren wurde, dürfte der Tiefpunkt im Laufe des Jahres durchschreiten, wobei die Fertigstellungen dann etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechen. Hierzu tragen nicht nur die gesunkenen und nun recht niedrigen Hypothekenzinsen bei, sondern auch das sich offenbar ändernde Verhalten zahlreicher Investoren, die nun in Wohnimmobilien eine sichere Anlage suchen, nachdem sie ihre Lektion aus der Aktienkursentwicklung der vergangenen Jahre gelernt haben. Dabei kommt ihnen die wachsende Nachfrage nach hochwertigen, verkehrsmäßig gut angebundenen Wohnungen ebenso entgegen wie die seit vorigem Jahr deutlich steigenden Wohnungsmieten. Die gewerblichen Bauinvestitionen sinken, auch als Reaktion auf den vorangegangenen Boom, vor allem im Raum Wien, sowie fallende Mieten für Büroraum und weiter zunehmende Leerstände. Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz niedriger Zinsen (da sich österreichische Unternehmen im Gegensatz etwa zu britischen abgesehen vom Cashflow ganz überwiegend über Kredite finanzieren, spielt der unergiebige Aktienmarkt keine nennenswert bremsende Rolle) bis weit ins laufende Jahr hinein weiter sinken, bedingt durch die zunächst noch rückläufige Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie gedämpfte Absatz- und Ertragsaussichten. Der im Herbst 2002 vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführte Investitionstest ließ bereits eine schwache Entwicklung erwarten. Die inzwischen erfolgte Verschärfung der Lage im Irak sowie der im In- und Ausland zuletzt erheblich verringerte Konjunkturoptimismus haben die Perspektiven bis in den Sommer hinein zusätzlich verschlechtert. Anschließend werden sie sich im Zuge der dann zu erwartenden weltwirtschaftlichen Erholung wieder aufhellen. Vor allem aber wird dann die im September 2002 beschlossene und bis Ende 2003 gewährte staatliche Investitionsprämie von 10% für jene Investitionen, die über den Durchschnitt der Jahre 1999/2001 hinausgehen, stimulieren. Allerdings führt das erfahrungsgemäß zu Vorzieheffekten, die erfahrungsgemäß im folgenden Jahr die Entwicklung zunächst entsprechend dämpfen. Investiert wird vor allem in die Rationalisierung der Produktion sowie – nach dem Einbruch der Jahre 2001 und 2002 – in den Ersatz veralteter Anlagen. Erweiterungs-

**Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten**  
– in % –

	2001	2002 <sup>a)</sup>	2003 <sup>a)</sup>			2004 <sup>a)</sup>		
		Wifo <sup>b)</sup>	Wifo <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	Wifo <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,0	1,1	1,2	1,1	1,7	2,0	2,8
Inlandsnachfrage	- 0,1	- 0,4	1,2	1,2	1,0	1,9	2,0	1,9
Privater Verbrauch	1,5	0,9	1,4	1,2	1,3	1,9	1,9	1,9
Staatsverbrauch	- 0,5	1,3	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,2	- 4,8	2,0	1,6	0,8	3,3	3,1	2,9
Exporte <sup>e)</sup>	7,4	2,6	3,6	4,3	3,0	6,7	7,1	6,4
Importe <sup>e)</sup>	5,9	0,0	1,2	4,5	3,0	7,2	7,5	6,4
Industrieproduktion (ohne Bau)	0,8	0,2	n.a.	1,8	n.a.	n.a.	3,0	n.a.
Konsumentenpreise (HVPi)	2,3	1,7	2,0	1,8	1,4	1,4	1,8	1,0
Arbeitslosenquote	3,6	4,1	4,2	4,5	5,9	4,2	4,4	5,9
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	- 2,2	0,4	- 0,9	- 0,3	0,2	- 0,8	- 0,6	0,3
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>	0,3	- 0,6	- 1,2	- 1,1	- 1,3	- 1,0	- 0,4	- 1,1

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, vom März 2003. – <sup>c)</sup> Europäische Kommission, Brüssel, vom März 2003. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – <sup>e)</sup> Güter und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

investitionen werden sich im Wesentlichen auf den Automobilsektor beschränken.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%) kommt nach zunächst noch schleppendem Verlauf erst im zweiten Halbjahr wieder in Schwung, wenn vor allem die Konjunktur in Westeuropa zur Erholung ansetzt. Besonders die Nachfrageflaute beim Haupthandelspartner Deutschland (Anteil am Güterexport etwa ein Drittel) bremst derzeit erheblich. Der Absatz im Dollarraum wird unterdurchschnittlich ausgeweitet, weil die 2002 und bis in die ersten Monate des laufenden Jahres hinein erfolgte starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar erst heuer voll wirkt. Es erweist sich nun allerdings als Vorteil, dass diese Region nur einen geringen Anteil am Export aufweist, während zwei Drittel der Warenlieferungen nach Westeuropa gehen und reichlich ein Achtel in den rasch expandierenden Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas abgesetzt wird, wo die österreichische Exportwirtschaft gut positioniert ist. Das gilt auch für den Fremdenverkehr (Anteil am BIP im Jahre 2001 18%, hiervon entfallen 6,6% allein auf die Hotellerie), für den sich die schnell steigende Zahl von Touristen aus dieser Region zu einem wichtigen Stimulans entwickelt. Zudem dürften der In- und Ausländertourismus von den Spannungen im Nahen Osten, der verbreiteten Unlust zu Fernreisen sowie vom gedämpften weltwirtschaftlichen Umfeld profitieren, so dass der Aktivsaldo erneut zunimmt. Dies und die infolge der verhalten expandierenden Inlandsnachfrage erst im weiteren Verlauf des Jahres in Schwung kommenden **Warenimporte** dürften bei leicht verbesserten Terms of Trade in einer wieder annähernd ausgeglichenen Leistungsbilanz resultieren.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, wird die Lage nochmals ungünstiger. Trotz nochmals erhöhter Zahl der Teilzeitkräfte dürfte die Beschäftigung etwa

im vorjährigen Ausmaß sinken, während das Angebot an Arbeitskräften neuerlich zunimmt. Die Unternehmen versuchen weiterhin durch Rationalisierung ihre Ertragslage zu sichern, was vielfach Entlassungen zur Folge hat. Es wird in erheblichem Maße kurzgearbeitet. Die Arbeitslosenquote dürfte sich auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt erhöhen.

Die Preise werden insgesamt weiterhin moderat steigen, obwohl sich Mieten weiter deutlich erhöhen. Das Anziehen der Energiepreise, wiewohl durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar erheblich gedämpft, wirkt zwar zunächst ebenso inflationär wie kräftige Anhebungen administrierter Preise (u.a. Post und Bahn). Andererseits dämpft die konjunkturbedingt schwache Nachfrage den Preisauftrieb ebenso wie Saisonwaren (vor allem Frischgemüse), die im Gegensatz zu den Vorjahren nicht witterungsbedingt teurer, sondern – wie auch Telephondienste – in den ersten Monaten billiger geworden sind. Nach dem Ende des Irak-Krieges ist mit einem kräftigen Rückgang der Preise für Erdöl und Erdgas zu rechnen, so dass auch im zweiten Halbjahr nennenswerte stabilisierende Effekte wirksam werden. Die **Konsumentenpreise** dürften um gut 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% über dem Niveau von 2002 liegen.

**Wirtschaftsentwicklung 2004**

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. In **Westeuropa**, der EU und im Euroraum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%; in Deutschland expandiert es um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 23 US-Dollar pro

Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% ausgeweitet werden.

Auch in Österreich gewinnt die Konjunktur im Zuge des weltweiten Aufschwungs zumindest bis zum Herbst an Dynamik, wenn auch nicht sehr stark. Stimulierend wirken Geld- und Finanzpolitik, niedrigere Energiepreise sowie die Lohnpolitik, während die retardierenden Wirkungen der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar schwächer werden. Es ist vor allem der Export, der an Schwung gewinnt. Aber auch die Inlandsnachfrage tendiert lebhafter aufwärts, wenn auch wesentlich verhaltener als die Ausfuhr, zumal der Staatsverbrauch (mit ca. 20% Anteil am BIP) nur wenig ausgeweitet wird. Der private Konsum wird durch höhere reale verfügbare Einkommen und die allmählich günstiger werdende Lage auf dem Arbeitsmarkt stimuliert. Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen nur langsam zu, auch weil die Bauwirtschaft schwach expandiert und die Investitionskonjunktur zunächst durch die Vorzieheffekte vom Herbst 2003 belastet wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um etwa 2% zunehmen. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Situation im Laufe des Jahres konjunkturbedingt ab dem Frühjahr langsam günstiger, doch dürfte die Arbeitslosenquote im Schnitt des Jahres bei 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% verharren. Der Preisauftrieb bleibt moderat (Konsumentenpreise + 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% im Jahresdurchschnitt). Die Leistungsbilanz wird nur ein geringes Defizit ausweisen.

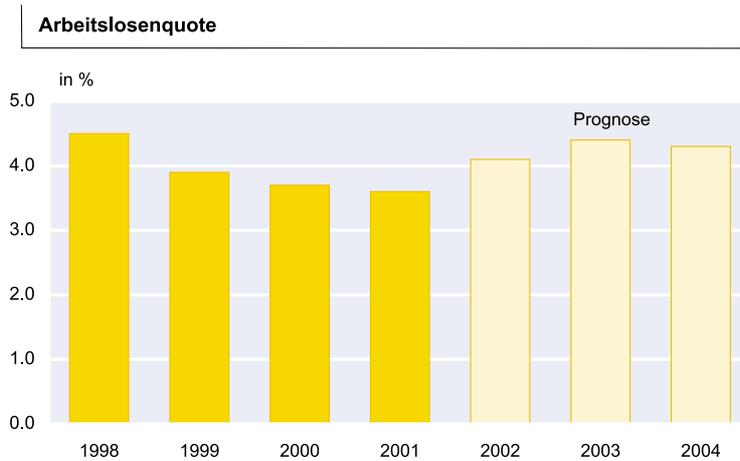
Der Export von Gütern und Dienstleistungen dürfte um reichlich 6% zunehmen. Die Impulse kommen vor allem vom Aufschwung der westeuropäischen Wirtschaft – wobei sich allerdings die Lieferungen an die Haupthandelspartner Deutschland und Italien infolge des dortigen relativ langsamen Wirtschaftswachstums unterdurchschnittlich erhöhen – sowie von den sehr lebhaft wachsenden Volkswirtschaften Mitteleuropas. Zudem profitiert Österreich infolge seiner im westeuropäischen Vergleich am industriellen Ausstoß überdurchschnittlichen Produktion von Vor- und Zwischenprodukten vom Aufschwung des internationalen Lagerzyklus. Maßvolle Lohnsteigerungen bei fortgesetzt zügigen Produktivitätsfortschritten in der verarbeitenden Industrie, aber auch in anderen Bereichen, lassen eine neuerliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland erwarten. Das gilt angesichts des geringen Exportanteils des Dollarraums an der Ausfuhr selbst bei einer leichten Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Der Import nimmt vermutlich etwa im Rhythmus der Ausfuhr zu. Folglich dürfte die Leistungsbilanz bei etwas verbesserten Terms of Trade wieder etwa ausgeglichen abschließen.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% ausgeweitet. Dabei steigen die Ausrüstungsinvestitionen deutlich

überdurchschnittlich, obwohl zunächst eine leichte Abschwächung des Wachstums zu erwarten ist als Folge der Ende 2003 ausgelaufenen Investitionsprämie und der mit ihr verbundenen Vorzieheffekte. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich jedoch die deutlich aufwärts gerichtete Grundtendenz durchsetzen. Anregend wirken steigende Auslastung der Kapazitäten, günstigere Absatz- und Ertragsersparungen sowie die immer noch niedrigen Zinsen. Hinzu addiert sich ein erheblicher Nachholbedarf als Folge der schwachen Investitionstätigkeit in den Vorjahren; infolge der hier besonders kurzen Produktzyklen wird davon auch die Nachfrage nach IT-Erzeugnissen erfasst. Wenn es auch vermehrt zu Erweiterungsinvestitionen kommen dürfte, so wird doch ganz überwiegend in Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert – was erfahrungsgemäß auch Erweiterungseffekte beinhaltet – auch, um gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum Wettbewerbskraft zurück zu gewinnen. Die Bauinvestitionen expandieren nur wenig stärker als 2003. Das gilt auch für den öffentlichen Bau (weiterhin mit Schwerpunkt bei den Infrastrukturinvestitionen) nach dem vorjährigen Schub. Stärker als zuvor wird der Wohnungsbau zunehmen, nachdem Immobilienbesitz als sichere und relativ wertstabile Anlage wieder entdeckt worden ist, Hypotheken noch zu günstigen Konditionen zu erhalten sind und bei allgemein deutlich weiter steigenden Mieten gut ausgestattete Wohnungen in verkehrsgünstiger Lage verstärkt nachgefragt werden. Der industriell-gewerbliche Bau erholt sich im Zuge der rasch wachsenden Ausrüstungsinvestitionen wieder.

Der private Konsum nimmt um etwa 2% und damit im Verlauf leicht beschleunigt zu. Die Verbesserung des Konsumklimas, welches die Sparquote trotz vielfach hoher Verschuldung der privaten Haushalte (fast 10% der Haushalte gelten als überschuldet vorwiegend bei Banken, Versandhäusern und Mobilfunkunternehmen) etwas sinken lassen dürfte, resultiert aus steigenden Reallöhnen, leichten Entlastungen durch die laufende Steuerreform sowie aus der im weiteren Verlauf des Jahres allmählichen verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Überdurchschnittlich werden langlebige Konsumgüter nachgefragt. Das gilt auch für Personenwagen und Einrichtungsgegenstände. Der Staatsverbrauch dürfte nur um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% ausgeweitet werden, da die »automatischen Stabilisatoren« nun konjunkturbedingt zugunsten der öffentlichen Kassen wirken und Zentralstaat, Bundesländer und Gemeinden um sehr zurückhaltendes Ausgabengebahren bemüht bleiben.

Auf dem Arbeitsmarkt, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Lage allmählich. Das gilt in erster Linie für die Kurzarbeit, die zügig abgebaut wird. Auch kommt es wesentlich seltener zu Entlassungen. Eine Zunahme der Beschäftigung ist bei wieder normaler Auslastung der Kapazitäten etwa ab der Jahresmitte wahrscheinlich. Die Zahl geringfügig und Teilzeitbeschäftigter nimmt weiter deutlich zu.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt leicht auf 4 $\frac{1}{4}$ % zurückgehen – im Vergleich der westlichen Industrieländer eine sehr niedrige Rate.

Die Preise werden in der Grundtendenz recht moderat steigen, obwohl zu Beginn des Jahres die Steuern auf alle Energiearten (wenngleich in unterschiedlichem Maße) deutlich heraufgesetzt werden; weitere Anhebungen von indirekten Steuern oder Gebühren sind nicht abzusehen. Bei moderatem Lohnanstieg, aber schnellerem Wirtschaftswachstum erhöhen sich die Lohnstückkosten zunächst noch verlangsamt. Vom Ölpreis ist eher ein inflationsdämpfender, kaum aber ein neuerlich inflationärer Effekt zu erwarten. Dies umso mehr, als die Importpreise infolge des gegenüber dem US-Dollar nochmals etwas aufwertenden Euro stabilisierend wirken. Auch ist der konjunkturelle Aufschwung noch nicht stark genug und der Wettbewerb besonders im mittlerweile stark konzentrierten Einzelhandel zu lebhaft, um Ausweitungen der Gewinnmargen in größerem Umfang zu ermöglichen. Die Konsumentenpreise dürften um 1 $\frac{1}{2}$ % über dem Niveau von 2003 liegen.

*Abgeschlossen am 17. April 2003*